

Chemnitzer Anzeiger

und Stadtbote.

Unparteiisches Tageblatt für Chemnitz und Umgegend

besonders für die Vororte: Alchemnitz, Altendorf, Bernsdorf, Borna, Ebersdorf, Furth, Gablenz, Glösa, Helbersdorf, Silberdorf, Rappell, Reustadt, Schönan.

Die Abonnenten erhalten mit dem Anzeiger allwöchentlich **3 Unterhaltungs-Blätter**, sowie das **Heftige, reich illustrierte humoristische Anzeiger-Bilderbuch**.

Abonnementbestellungen, vierteljährlich 1.50 Pf. (Zutr. 40 Pf.), monatlich 50 Pf. (Zutr. 15 Pf.), nehmen an die Verlags-Expedition und Ausgabestellen in Chemnitz und obigen Vororten. Außerhalb dieser Orte kann der Anzeiger nur bei den Postanstalten — Postzeitungs-Liste 7. Nachtrag Nr. 1059 — bestellt werden. In Oesterreich-Ungarn ist der Chemnitzer Anzeiger zum Abonnementpreis von vierteljährlich 1 Gulden 41 Kr., monatlich 47 Kr. (einkl. Agiozuschlag) durch die Postanstalten zu beziehen.

Insertionspreis: die (schmale 1/2spaltige) Kopfschleife oder deren Raum 15 Pfennige. — Unter Eingangsrand pro Zeile 30 Pfennige. — Auf große Annoncen und Wiederholungen Rabatt. — Ausgabe jeden Montag und Donnerstag Nachmittags. — Annoncenbestellungen von auswärtig wolle man den Insertionsbetrag stets beifügen (kleinere Beträge in Briefmarken) je 8 Silben der gewöhnlichen Körperschrift bilden eine Zeile und kosten 15 Pfennige.

Verlags-Expedition: Alexander Biede, Buchdruckerei, Chemnitz, Theaterstraße 48 (ehemaliges Bezirksgericht, gegenüber dem Kasino)

Bekanntmachung.
Nachdem der Schulsenior Herr Christian Friedrich Franke in Riechberg als Stellvertreter des Standesbeamten des Ortsteiles Riechberg und Stellvertreter des Standesbeamten des Ortsteiles Riechberg am heutigen Tage in Pflicht genommen worden ist, so wird dies anzuordnen bekannt gemacht.
Chemnitz, am 26. November 1884.
Die Königl. Amtshauptmannschaft.
Schwobler.

Der Richter Carl Louis Schreier, geboren am 25. September 1861 in Steinbach und zuletzt dortselbst wohnhaft, wird beauftragt, als Wechselschlichter in der Sache des Eintritte in den Dienst des Reichens Heeres oder der Marine zu entscheiden, ohne Erlaubnis des Bundesgebietes verlassen oder nach erreichtem militärischen Alter sich außerhalb des Bundesgebietes aufzuhalten zu haben, Bezogen gegen § 140 Abs. 1 Nr. 1 St.-G.-B.
Der 20. Dezember 1884, Nachmittags 3 Uhr,
vor der I. Strafkammer des Königl. Landgerichts Chemnitz, Justizgebäude auf dem Radeberg, zur Hauptverhandlung geladen.
Bei unentschiedenem Ausbleiben wird Befehl auf Grund der nach § 472 der Strafprozessordnung von der Königl. Amtshauptmannschaft zu Ansbach über die der Fälligkeit zu Grunde liegenden Thatfachen ausgeprochen.
Chemnitz, den 20. November 1884.
Königl. Staatsanwaltschaft.
Dr. Knoke.

Der am 18. Dezember 1849 in Stahlberg geborene Ferdinand Gustav

Rappell, zuletzt Bauhandwerker in Bärenstein, wird zur Anzeige seines derzeitigen Aufenthaltsortes behufs Feststellung einer Haftung zur Hauptverhandlung hierdurch aufgefordert. Die Polizei- und Sicherheitsorgane werden um event. Anweisung Rappell's und Erfolge nachrichtlich ersucht.
Chemnitz, den 27. November 1884.
Königl. Staatsanwaltschaft.
Dr. Schmidt. 664.

Gesucht wird der Weber Ernst Emil Weidmann aus Glösa. Er hat sich bei unterzeichneter Behörde zu stellen oder doch derselben seinen derzeitigen Aufenthaltsort anzuzeigen.
Chemnitz, am 26. November 1884.
Der Königl. Staatsanwalt.
Biede.

Tageschronik.

30. November.
- 488. Anita †.
 - 1067. Jonathan Swift geb.
 - 1700. Schlacht bei Narva.
 - 1718. Karl XII. von Schweden †.
 - 1740. Karoline Reuber †.
 - 1750. Karlshausen von Sachsen †.
 - 1870. Schlacht bei Reims und Ailette.
1. Dezember.
- 1708. Abraham a Sancta Clara †.
 - 1798. Kaiser Joseph II. gewährt den Freiämtern Dalmatien und Schop.
 - 1807. Jérôme Napoleon, König von Westphalen.
 - 1815. Alexander I. von Rußland †.
 - 1860. Einzug Viktor Emanuels in Palermo.

Telegramme des Chemnitzer Anzeigers.

Berlin. Der Kaiser ist mit dem König von Sachsen, dem Kronprinzen, dem Prinzen Wilhelm, dem Prinzen August von Württemberg und dem Herzog Johann Albrecht von Mecklenburg Abends 6 1/2 Uhr nach Unter den Eichen zur Jagd gereist.

Augsburg. Bei Gropshausen stieß ein Wägenzug in Schneewehe. Bei Jünningen entgleiste die Maschine eines Zuges; ein Bremser wurde verletzt. Man hofft, beide Strecken sehr bald wieder fahrbar zu machen.

Wien. Infolge von Schneewehungen wurde der Verkehr auf der Jara-Sofaker Eisenbahn eingestellt. — Der Vorstand der vereinigten Linien soll durch Reichbauer und Plener verstärkt werden.

Peft. Der Antisemitismus beschloß in gestriger Konferenz die Ablehnung des Budgets und die Einbringung eines Antrages auf Ertirung der Steuerfreiheit der zinstragenden Staats- und sonstigen Wertpapiere. — Der Klub der äußersten Linken adoptirte den Französischen Gesetzentwurf zur Erleichterung der Einwanderung fremder schädlicher Elemente als Beweis, daß er das Volkswohl gleich den Antisemiten wahren wolle. — Eine großartige Rede des Epistolarbischofs Schlägl im Rabbinatsverein, worin er die Autonomie der katholischen Kirche gleich der protestantischen forderet und die Regierung vor Kulturkampfbedenken warnt, erregt außerordentliches Aufsehen.

Paris. Unparteiische Stimmen gehen zu, daß Ferry's geistiger Sleg (Annahme der von ihm abgeleiteten Tagesordnung) um so bedeutender war, als Ribot mit größter Energie für die einfache Tagesordnung gesprochen hat.

London. Ferry behauptete, daß Marquis Tseng in dem Augenblicke, wo China und Frankreich im Begriffe waren, sich zu verständigen, nach Peking berichtet habe, Frankreich wünsche den Frieden um jeden Preis, und daß infolgedessen China schädliche Bedingungen stelle. Die „Times“ ist antirassist, diese Behauptung des französischen Ministerpräsidenten zu demontiren. — Aus Alexandrien wird gemeldet, daß Bobehr Befehl erhalten hat, daselbst unter Aufsicht zu leben.

London. Wie verlautet, hat die hienische Regierung in einer Depesche an ihren hiesigen Vertreter erklärt, daß sie entschlossen sei, die Rechte der Wähler zu respektiren.
(Weitere Telegramme siehe zweite Seite)

Politische Rundschau.

Deutsches Reich. Reichstags-Sitzung vom 28. November a. c. Der erste Gegenstand der Tagesordnung ist der Antrag des Abg. Dr. Borck, wegen Ertirung des gegen den Abg. Dr. Franz bei dem Landgericht zu Breslau schwebenden Strafverfahrens während der Dauer der Session. Nach kurzer Darlegung des der Anklage zu Grunde liegenden Thatbestandes durch den Antragsteller wird der Antrag angenommen. Der folgende Gegenstand der Tagesordnung ist die Fortsetzung der ersten Beratung des Etats. Abg. Debel (Soz.-Dem.) wendet sich zunächst gegen die vom Abg. Richter geleitete Kritik. Herr Richter habe den Etat als den Zusammenbruch der Finanzwirtschaft bezeichnet, welche seit dem Jahre 1876 betrieben worden. Das sei nicht richtig. Wenn hier, meint der Redner, von einem Zusammenbruch geredet werden kann, so ist es der Zusammenbruch des ganzen gegenwärtigen Staats- und Wirtschaftssystems, der in dem vorliegenden Etat zum Ausdruck gelangt. Redner sucht weiter auszuführen, daß die beschriebene und notwendige Vermehrung der Einnahmen durch die sogenannte Sozialreform nicht erreicht werden könne, daß daran vielmehr das ganze System Schiffbruch leiden werde. Wenn man die Reformen erhalten wolle, so müsse man vor allen Dingen dafür sorgen, daß nicht alles in das unergänzliche Loth des Militärischen versinke. Die von der rechten Seite des Hauses vorgeschlagene Vorkostensteuer werde nicht entfernt das Eindringen, was gebraucht werde, viel weniger noch Lebensschüsse für die Einzelstaaten. Redner weist auf die Steuerfreiheit der Offi-

ziers hin und kritisiert hierauf eingehend in scharfer Weise das gegenwärtig in der Krone herrschende System; er weist nach, daß die dreijährige Dienstzeit thatsächlich von der Verwaltung vielfach durchbrochen sei und daß somit hier sehr wesentliche Ersparnisse gemacht werden könnten, ohne die Wehrhaftigkeit des Reiches irgendwie zu schwächen und zu schädigen. Kriegsminister Bronsart v. Schellendorff sieht sich veranlaßt, einigen der Angriffe entgegen zu treten, welche der Redner gegen die gesamte Militärverwaltung gerichtet hat. Der Minister bestritt, daß die Offiziere zu den Lasten des Staates nichts beitragen. Abg. Deuschner (Eisleben, Reichsp.) erwidert in dem Spiritus ein außerordentlich gutes Objekt für eine Erhöhung der Einnahmen, ist auch für eine Vorkostensteuer, soweit sie nicht Produkte der Arbeit und der Landwirtschaft berührt. Er ist der Meinung, daß das Getreide ruhig einen höheren Zoll tragen kann, ohne dem armen Manne das Brod zu verkümmern. Nachdem noch die Abg. Ritter und Richter, sowie auch der Staatssekretär von Burchard in die Debatte eingegriffen, wurden, einem Antrage v. Reuda's entsprechend, die einzelnen Kapitel des Etats an die Budgetkommission und einige Rechnungssachen an die Rechnungskommission verwiesen. Die nächste Sitzung findet am Montag statt. Auf der Tagesordnung steht die Dampfmaschinen-Vorlage.

In die Reichstags-Unterkommission sind, abgesehen von dem Präsidenten, folgende Abgeordnete gewählt: v. Kehler, Frhr. v. Heereman, Graf v. Reib, v. Radorff, Ritter, Loewe, Dr. Roemer. Die Sachkommission des Reichstages haben sich in folgender Weise konstituiert: 1) Die Geschäfts-Ordnungs-Kommission besteht aus folgenden Abgeordneten: v. Bernuth, Vorsitzender, Adermann, Stellvertreter des Vorsitzenden; Epsold, Schriftführer, Graf v. Reippen, Stellvertreter des Schriftführers, Dr. von Lenz, Frhr. von Linnich-Bomst, Dr. Hänel, Dr. Frhr. Schenk von Stauffenberg, von Kehler, Frhr. von Landsberg-Steinfurt, Dr. Windthorst, Dr. Grimm, von Hellhoff, Jansen, v. 2) Die Kommission für Petitionen besteht aus folgenden Abgeordneten: Hoffmann, Vorsitzender; Reich, Stellvertreter; Dr. Lindlin, von Goldfuß, Gölz von Odenhausen und Dr. Scheffer, Schriftführer; Dr. Jacmann, Dr. Groß, Strudmann, Brömel, Pinge, Lipke, Dolben, Halberstadt, Robbe, Weidmann, Graf, Heise, Dr. Oetzer, Dr. Berger, H. Dr. Kocielecki, Baron von Sasse, Bergmann, von Kessel, Hellwig, Kayser, Bieder, 3) Die Budget-Kommission besteht aus folgenden Abgeordneten: Frhr. von Waldahn-Gölz, Vorsitzender; Frhr. von Hüne, Stellvertreter; Kalle, Dr. Witte, Hof und Dr. Frege, Schriftführer; von Senba, Dr. Hammacher, Dr. Bürtlin, Ritter, Gaerte, Hermes, Loewe, Pfäfer, Dr. von Bunsen, Bormann, Baron von Krensdorf-Gardelobst, Graf von Schoenborn-Wiesentheid, Frhr. von Wogern, von Strombeck, von Grand-Ry, Dr. Mosler, Frhr. von und zu Franckenstein, von Wedell-Walshof, von Köller, von der Osten, von Deygen, Gump. 4) Die Kommission für Rechnungen besteht aus folgenden Abgeordneten: von Bräsig, Vorsitzender; Horn, Stellvertreter; Haupt, Schriftführer; Dr. Papellier, Stellvertreter des Schriftführers; Dr. Meyer (Halle), Vetscha, Dr. von Kunitz.

Die Postsparkassen-Vorlage ist in den Bundesratsauschüssen auf mannigfache Bedenken gestoßen; das „B. L.“ will sogar wissen, daß dabei angesetzt wurde, die Beschlusstexte zu stellen, der Gedanke aber wieder aufgegeben worden sei. Der Vertreter Sachsens war ursprünglich gegen das Projekt, hat aber seinen Widerspruch fallen lassen. Auch Württemberg schien sich zuerst auf seine Reservatrechte berufen zu wollen, um die Einführung der Postsparkassen überhaupt für seinen Reichsbereich abzulehnen, hat dann aber eine Reihe von Änderungsanträgen gestellt, von deren Annahme es seine Stellung zu der Vorlage abhängig machen zu wollen scheint. Der entschiedenste Gegner derselben ist Baiern. Es betheiligte sich zwar an den Beratungen, erklärt aber, auf Grund seiner Reservatrechte die Anwendung bei sich nicht einfließen zu wollen. Unter diesen Umständen wird man auf das Ergebnis der Gesamtabstimmung des Bundesrats neugierig sein dürfen. — Auch die Vorlage wegen Aufhebung der Arbeiterversicherung auf die Transportgewerbe, schreibt das „B. L.“, ist in der zur Vorbereitung niedergelegten Subkommission vollständig umgearbeitet worden. Der Entwurf wegen Versicherung der Forst- und Landarbeiter liegt noch im Staatsrathe.

Vom nächsten Lehrertag zu Würzburg war auf Grund eines Referats des Landtags-Abgeordneten Seyffarth-Liegnitz über die Zwangserschließung verwahrloster Kinder einstimmig eine Resolution gefaßt worden, die unter Hervorhebung der segensreichen Folgen des preussischen Gesetzes vom 10. März 1878, betreffend die Unterbringung verwahrloster Kinder, sich dahin ausdrückte, daß es wünschenswert sei, daß ähnliche gesetzliche Bestimmungen in allen deutschen Staaten getroffen und auch auf solche Kinder ausgedehnt würden, welche, ohne eine im Sinne des Gesetzes strafbare Handlung begangen zu haben, in Gefahr stehen, Hülfe zu verweigern. Der geschäftsführende Ausschuss des deutschen Lehrervereins, dem die weitere Verfolgung jener Erklärung obliegt, hat nunmehr einen Auf-

ruf an sämtliche Lehrervereine des deutschen Reiches erlassen, um die Angelegenheit in Fluß zu bringen. Unter Hinweis auf die hohe Bedeutung derselben für das gesamte Volksleben und die Schulerziehung wird in dem betreffenden Aufschreiben an die Wirkung gebeten zur Einleitung einer Agitation, um möglichst einflussreiche Kreise für die Sache zu interessieren, sowie zur Beschaffung von Material behufs Begründung der Vorstellungen, die man an die gesetzgebenden Faktoren der einzelnen deutschen Staaten, resp. an dem deutschen Reichstag zu richten gedenkt.

Gegenüber dem bereits widerlegten Bericht von einem Protektorate Deutschlands über Janzibar haben die Bemerkungen Interesse, mit denen im Etat die Forderung von 30,000 Mark für ein Konsulat in Janzibar motiviert wird. Es heißt da: „Die Handels- und Schiffsahrt-Interessen Deutschlands in Janzibar sind bedeutend und weiterer Erweiterung und Ausdehnung fähig. Die Anstellung eines Konsuls würde daselbst, seit Jahren vielfach angeregt, wird einige Sicherheit dafür bieten, daß die anscheinend günstigen Aussichten für Erschließung neuer Absatzgebiete an der Ostküste Afrikas dem allgemeinen Interesse der deutschen Produktion gemäß verwertet werden. Der bisherige Konsul hat seine Entlassung genommen; es wird nunmehr auf die Umwandlung des Postens in ein Konsulat Bedacht zu nehmen sein.“

Italien. Die italienische Deputirtenkammer ist am 27. Novbr. eröffnet worden. Der Präsident erinnerte an die Besuche, die der König während der Choleraepidemie den Städtchen Neapel und Brescia abgestattet habe. Die Kammer beschloß hierauf einstimmig (mit Einschluß der anwesenden radikalen Mitglieder) die Annahme der von Sandonato und Cavaletto gestellten Anträge, wonach der König und dem Herzog von Kosta die Bemunterung und der Dank der Kammer ausgesprochen und eine Kommission ernannt werden soll, welche dem König diesen Beschluß überbringt. Der Minister-Präsident Depressi legte einen Gesetzentwurf über gesundheitliche Maßregeln für Neapel vor, dessen Dringlichkeit die Kammer alsbald beschloß. Die Sitzung wurde hierauf aufgehoben, da sich die Beschlußfähigkeit der Kammer herausstellte.

Die „Wolff's Bar.“ aus Rom meldet, rih am 27. d. zwischen Genua und Savona ein aus 44 Waggons bestehendes Eisenbahzug in zwei Theile auseinander. Der zweite, aus 33 Waggons bestehende Theil rih so heftig auf den ersten Theil, daß dieser über einen Abhang hinunter geschleudert wurde. Von den Bahnbeamten wurde einer getödtet und vier verwundet, von den Passagieren ist keiner verletzt.

Frankreich. Die Debatte wurde von Clemenceau fortgesetzt, der heftige Angriffe gegen die Regierung wegen ihres Verhaltens in der Tonkinfrage richtete. Von mehreren, verschiedenen Parteien angehörigen Abgeordneten wurde die Erklärung abgegeben, daß sie zwar für die geforderten Kredite stimmen würden, daß diese ihre Zustimmung für die Kredite keineswegs ein Vertrauensvotum für das Ministerium sein solle. Hierauf wurde der schon früher geforderte Kredit von 16 Millionen mit 361 gegen 168 Stimmen, und der neuerlich geforderte weitere Kredit von 43 Millionen mit 351 gegen 179 Stimmen bewilligt. Es waren verschiedene Tagesordnungen eingebracht worden. Ministerpräsident Ferry erklärte, daß er die einfache Tagesordnung zurückweisen müsse. Die einfache Tagesordnung wurde mit 301 gegen 233 Stimmen von der Kammer abgelehnt. Eine von Carnot eingebrachte Tagesordnung, welche besagt, die Kammer beharre auf dem Beschluß, die Ausführung des Vertrags von Tientsin zu sichern, nehme Alt von der durch die Regierung abgegebenen Erklärung und zähle auf deren Energie, um den Rechten Frankreichs Achtung zu verschaffen, wurde vom Ministerpräsidenten angenommen. Die Kammer beschloß mit 364 gegen 307 Stimmen die prioritätliche Abstimmung über die Carnot'sche Tagesordnung. Von der Opposition wurde indeß eine Theilung derselben, resp. eine getrennte Abstimmung über die einzelnen Theile derselben beantragt. Es wurde hierauf die Sitzung vertagt.

Ueber den Rordanfall der Madame Clovis Hugues gegen Morin werden folgende Einzelheiten bekannt: Die Hugues'schen Feinde hatten schon vor längerer Zeit gegen Morin als Verleumder der Madame Hugues Klage geführt. Morin hatte es jedoch verstanden, das Erkenntniß stets hinauszuschieben; es war es ihm auch bei der heutigen Gerichtsung gelungen, wiederum einen vierzehntägigen Aufschub zu erhalten. Madame Hugues behandelte hierüber eine sehr große Aufregung. Als sie nach der Sitzung, begleitet von ihrem Gatten und dem Advokaten Gatincau, Deputirten für Dreuz, die Treppe des Justizpalastes herabging und Morin bemerkte, seufzte sie auf ihn wie Revolvenschüsse ab. Sie wurde sofort verhaftet und erklärte dem Polizeikommissar, daß sie denjenigen getödtet zu haben hoffe, der sie schon seit zwei Jahren durch die schändlichsten Verleumdungen zu Grunde gerichtet habe.

Dänland. In Petersburg erzählt man sich, der Kaiser werde am Georgs-Ordensfest, am 8. Dezember, bei dem Gahnhier gelegentlich des üblichen Toastes auf Kaiser Wilhelm, als dem ältesten